

Der kranke Mann Europas braucht mehr

VON ANTIJE HÖNING

Ein Hochamt der Zufriedenheit ist der Arbeitgebertag nie. Unternehmer nutzen ihn stets als Chance, Wunschzettel bei der Regierung abzugeben und Kritik loszuwerden. Doch so schlecht wie dieses Mal war die Stimmung selten. Zur Wahrheit gehört zwar, dass die Ampel in manchen Fragen marktwirtschaftlicher aufgestellt ist als die Wirtschaft selbst. In Sonntagsreden beschwören Arbeitgeber gerne den Segen des Wettbewerbs. Werktags aber rufen Chemie, Stahl und Gastronomie nach milliardenschweren Subventionen. Es ist gut, dass Kanzler und Finanzminister beim Industriestrompreis und der Mehrwertsteuer für Gas und Gastronomie hart bleiben. Auch sind Steuergesetze nicht aus Böswilligkeit kompliziert, sondern weil mal die eine und mal die andere Gruppe Sonderregeln will.

Insgesamt aber muss die Regierung die Klagen ernst nehmen. Teure Energie, hohe Steuern und lähmende Bürokratie lassen fast alle Unternehmen um den Standort bangen. Während andere Industrieländer wachsen, schrumpft die deutsche Volkswirtschaft. Sie ist wie vor Jahrzehnten wieder der kranke Mann Europas. Rhetorisch geschickt nimmt Olaf Scholz die Kritik an: Man habe es übertrieben, nun brauche es überall das „Deutschlandtempo“, räumt er ein. Doch jetzt muss er auch Taten folgen lassen. Meint er es ernst mit dem Aufbruch, muss er sich eine andere Energie- und Rentenpolitik trauen. Sollen wir ein Land der Wärmepumpen und E-Autos werden, muss das Stromangebot kräftig steigen. Wollen wir die Rentenfinanzen vor dem Kollaps bewahren und den Fachkräftemangel überwinden, braucht es ein höheres Rentenalter. Der Kanzler bittet die Wirtschaft um Vertrauen. Will er es nicht enttäuschen, muss er mehr bieten als seinen „Deutschlandpakt“. Mit diesem Sammelsurium aus alten Ideen zu Bürokratieabbau und Digitalisierung kommt das Land nicht aus der Krise.

Der Terror bleibt nicht in Nahost

VON GREGOR MAYNTZ

Es ist gerade einen Monat her, dass Belgien mit der Verkündung des Strafmaßes gegen die islamistischen Terroristen einen juristischen Schlussstrich unter die verheerenden Anschläge auf Flughafen und U-Bahn gezogen hat. Für die meisten war der Prozess in Brüssel wichtig, aber für Nicht-Betroffene fühlte er sich an wie ein Blick in eine lange zurückliegende Phase Europas: die 130 Toten des islamistischen Terrors in Paris – November 2015. Die 35 Toten in Brüssel – März 2016. Die 86 Toten in Nizza – Juli 2016. Die 13 Toten vom Breitscheidplatz in Berlin – Dezember 2016. Festnahmen von Islamisten mit Attentatsplänen erweckten den Eindruck, die Behörden hätten das Problem im Griff.

Das ist nun anders. Zwei schwedische Passanten mitten in Brüssel im Namen Allahs erschossen, ein Länderspiel abgebrochen, Zehntausende Fußballfans im Stadion zur Sicherheit festgehalten, höchste Terrorwarnstufe in Kraft – am Vorabend des Sondergipfels der Europäischen Union zur Eskalation in Nahost ist die Wahrnehmung der islamistischen Terrorgefahren zurück in Europa. Wenn eine Million Einwohner in der Hauptstadt der Europäischen Union aufgerufen werden, ihre Wohnungen nicht zu verlassen, dann kann auch dem Letzten klar werden, dass der Terror nicht auf den Nahen Osten beschränkt bleibt.

Wer die unbändige Freude auf vielen europäischen Straßen über das grausame Abschlagen von Zivilisten verfolgen musste, noch bevor Israel mit den ersten militärischen Reaktionen begonnen hatte, der konnte bereits erahnen, dass die Zustimmung zum Terror auch in Europa radikalisierte Einzeltäter ermuntern würde. Machen wir uns nichts vor: Nicht nur für Israel ist nach dem 7. Oktober nichts mehr so wie vorher. Auch Europa hat seine Sicherheitslage und seine gesellschaftlichen Diskussionen intensiver als je zuvor in den Blick zu nehmen.

RHEINISCHE POST

Herausgeber: Florian Merz-Betz, Martin Ebel, Tilman Droste. Geschäftsführung: Johannes Werle, Hans Peter Bork, Matthias Körner. Chefredakteur: Moritz Döbler. Stellvertretender Chefredakteur: Horst Thoren. Mitglied der Chefredaktion: Kerstin Münstermann. Newsmanagement: Tanja Brandes, Marcel Jarjour, Rainer Leurs, Martina Stöcker. Verantwortliche Editoren: Digitaldesk: Henning Bulka, Carola Siedentop (Vertretung); Printdesk: Dr. Frank Vollmer, Laura Ihme (Vertretung); Chef vom Dienst: Ulrich Schwenk; Politik/Meinung: Dr. Martin Kessler; Bundespolitik: Kerstin Münstermann; Landespolitik: Maximilian Plück; Wirtschaft: Dr. Antje Höning; Kultur: Dr. Lothar Schröder; Sport: Stefan Klüttermann; Leitende Redakteure: Martin Beverunge (Modernes Leben), Henning Rasche (Autor); Chefredakteur: Dr. Gregor Mayntz (Europapolitik); Chefredakteur: Christian Schwerdtfeger (NRW), Reinhard Kowalevsky (Wirtschaft), Gianni Costa und Jannik Sorgatz (Sport); Region: Nicole Lange (Düsseldorf), Denisa Richters (Mönchengladbach), Frank Kirschstein (Neuss), Dr. Jens Voß (Krefeld), Tobias Dupke (Hilden), Ludwig Krause (Kleve), Tim Harpers (Wesel), Guido Radtke (Remscheid); Verlagsgeschäftsführer: Matthias Körner (verantwortl. Anzeigen); Vertrieb: Georgios Athanassakis; Werbeverkauf: Benjamin Müller-Diemer; Verlag: Rheinische Post Verlagsgesellschaft mbH; Druck: Rheinisch-Bergische Druckerei GmbH; Sitz von Verlag, Redaktion und Technik: Pressehaus, 40196 Düsseldorf, Zülpicher Straße 10, Telefon 0211 5050, Telefax 0211 505-2575. Die Zeitung im Internet: www.rp-online.de und www.rp-online.de/epaper. Bei Nichtbelieferung ohne Verlagsverschulden, bei Arbeitskämpf und höherer Gewalt kein Entschädigungsanspruch. Es gelten die aktuelle Preisliste Nr. 87b vom 01.05.2023 sowie unsere Allgemeinen und zusätzlichen Geschäftsbedingungen (www.rp-online.de/agb).



KARIKATUR: KLAUS STUTTMANN

ANALYSE Die CDU stellt derzeit ein halbes Dutzend Ministerpräsidenten. Ihrem Parteichef Friedrich Merz machen sie das Leben nicht unbedingt leicht. Und nun droht neuer Zwist. Ein Überblick über die Lage und die Perspektiven.

Sieben mächtige Männer

VON HAGEN STRAUSS, BERLIN

Mit dem Migrationsgipfel am Freitag hat CDU-Chef Friedrich Merz einen Erfolg erzielen können – er nervte den Kanzler so lange, bis der ihn auch einlud. Manch einer in Berlin wittert aber eine Falle von Olaf Scholz: Er wolle in Wahrheit die Union spalten, indem er am Ende lediglich mit den Ministerpräsidenten, also auch mit denen der CDU, gemeinsame Sache bei der Begrenzung des Flüchtlingszustroms mache. Käme es so, wäre Merz womöglich der Belemmerte. Sein Verhältnis zu den eigenen Länderfürsten stünde erneut auf dem Prüfstand.

Sechs Ministerpräsidenten stellt die CDU derzeit. Sie sind zielstrebig, machtbewusst und jeweils erfolgreich bei ihren jüngsten Wahlen gewesen. Das lassen sie auch ihren Parteichef zwischenzeitlich spüren. Merz, der König ohne Land und Regierungssamt, weiß: Ohne die „MPs“ kann er nicht erfolgreich sein. Friedrich und die starken Männer – wer sie sind, was sie antreibt.

Der Forsche Seit Hendrik Wüst die Landtagswahl im vergangenen Jahr in Nordrhein-Westfalen gewonnen hat, macht der 48-Jährige das, was man von einem NRW-Ministerpräsidenten und Chef des mächtigsten CDU-Landesverbandes erwartet: Er kokettiert mit Ambitionen für höhere Aufgaben. In Interviews, mit außenpolitischen Auftritten, mit Widerspruch zum Kurs des Vorsitzenden. Wüst ist im Gespräch, darum geht es. Nur: Würde er auf den K-Zug springen? Aus der Union wird kolportiert, dann müsste Wüst auch den Parteivorsitz von Merz übernehmen. Würde er das wollen? Und es heißt, womöglich könnte der Münsterländer zu einem zweiten Armin Laschet werden. Geschichte sich dann auch in NRW

wiederholen, wenn er die Wahl 2025 im Bund verzeige. Wüst braucht Sicherheit. Vorteil Merz.

Der Quertreiber Daniel Günther in Schleswig-Holstein hat für sich zum Prinzip erhoben, seinem Vorsitzenden zu widersprechen. Zuletzt kritisierte er die Abstimmung von CDU, FDP und AfD in Thüringen. „Einzelmeinung“, wehrte Merz ab. Die nächste Spitze folgte nach den Wahlen in Hessen und Bayern: Dort sei honoriert worden, „wenn Politik nicht mit schrillen Tönen“

arbeite, so Günther. Etwas, was dem Parteichef nicht so richtig gelingen will. Günther gehört wie Wüst zum moderaten Lager in der CDU; beide regieren mit den Grünen, die Merz zum Hauptgegner im Bund erklärt hat. Fakt ist: Der 50-Jährige, der seit sechs Jahren Ministerpräsident ist und im vergangenen Jahr die Wahl gewann, will die CDU mehr in der Mitte verankern. Er ist kein Polarisierer. Anders als Merz.

Der Neuling Boris Rhein, Wahlsieger in Hessen, hat erst im vergangenen Jahr das Amt von Volker Bouffier übernommen. Auch er ist, anders als Merz, eher präsidial. Nach der Wahl hob der 51-Jährige hervor, man habe „mit Stil“ agiert. „Wir haben es immer in einem Sound gemacht, der nie überdreht hat.“ Also mit einem anderen Kurs als Merz? Der betonte, er habe mit seiner Zuspitzung zu abgelehnten Asylbewerbern und Arztterminen zu dem guten Ergebnis in Hessen beigetragen. Rhein gehört allerdings zum Lager von Wüst und Günther – manch einer sieht bereits eine einflussreiche „Westachse“, die sich in der CDU gebildet habe. Durch den Wahlsieg ist klar: Rhein wird jetzt ein Wort in der K-Frage mitreden.

Der Unscheinbare Dass Kai Wegner in Berlin Regierender Bürgermeister

INFO

Die Lage in den Umfragen

Parteien Das Meinungsforschungsinstitut Forsa macht deutliche Verschiebungen bei der politischen Stimmung in Deutschland aus. Die Union verbesserte sich um vier Punkte auf 32 Prozent, den besten Wert seit zweieinhalb Jahren, wie die Sender RTL und NTV am Dienstag mitteilten. Die SPD stürzt dagegen um vier Punkte auf 14 Prozent ab. Sie liegt damit gleichauf mit den Grünen, die ihren Wert halten können. Die FDP kommt nur noch auf vier Prozent. Für die AfD sprechen sich derzeit 21 Prozent aus, die Freien Wähler kommen bundesweit auf drei Prozent.

Personal Unter den zehn wichtigsten deutschen Politikerinnen und Politikern kam Friedrich Merz im „Politbarometer“ des ZDF im September nur auf einen Wert von minus 0,6 und landete damit auf Platz acht. Spitzenreiter war Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) mit plus 1,8. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) rangierte mit plus 0,2 auf dem dritten Platz, knapp hinter Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne). Schlechter als Merz schnitten unter den zehn wichtigsten Politikerinnen und Politikern nur Sahra Wagenknecht (Linke, minus 1,2) und Alice Weidel (AfD, minus 2,6) ab. (fvo/rtr)



Wüst und Merz im Mai bei einem Spiel von Borussia Dortmund. FOTO: DPA

werden würde, hatte man ihm eigentlich nicht zugetraut in der Parteispitze. Doch der 51-Jährige gewann Anfang des Jahres überraschend die Wahlwiederholung in Berlin. In der CDU-Spitze wird darauf verwiesen, dass Merz ihn immer unterstützt und mit seinen Zuspitzungen in der Migrationsdebatte Wegners Wahlkampf angekurbelt habe. Doch das Verhältnis ist erkaltet – der Berliner war der Erste, der Merz nach seinen umstrittenen Äußerungen zur AfD kritisierte. Dann gab er ihm Kontra nach dem Satz, Kreuzberg sei nicht Deutschland. In der Union wird kolportiert, Wegner halte Merz wohl nicht mehr für den Richtigen, um für die CDU neue Wählergruppen zu erschließen.

Der Grenzgänger Es gab Zeiten, da sorgte sich Merz um Michael Kretschmer, den sächsischen Ministerpräsidenten und CDU-Vize: als die Anfeindungen von rechts gegen den 48-Jährigen groß waren. Inzwischen hat sich der Sachse gefangen, er muss im kommenden Jahr Landtagswahlen bestehen. Schon bei der letzten Wahl legte Kretschmer einen fulminanten Wahlkampf hin und behauptete die CDU gegen die AfD. Diesmal, so legen es die Umfragen nahe, könnte es noch schwerer werden für ihn. Es heißt, im Osten sei Merz gern gesehen, er fülle die Säle, seine Aussagen kämen an. Kretschmer hat politische Narrenfreiheit in der CDU. Merz lässt ihn gewähren, weil vieles im Osten anders gesehen wird. Und umgekehrt. Umgekehrt fährt der Sachse dem Sauerländer kaum in die Parade.

Der Weise Reiner Haseloff ist bereits 69. Nach seinem Wahlsieg im Jahr 2021 ist er am Ende seiner politischen Karriere angekommen. Er macht sich keine Mühe mehr, politisch Rücksicht zu nehmen. Muss er auch nicht. Haseloff sagt, was er denkt und fühlt. Vor allem mit Blick auf die Grünen. An diesem Punkt ist Merz inzwischen auch angelangt. Obwohl sich die Frage einer Koalition auf Bundesebene dann doch stellen könnte.

WISSENSDRANG

Nobelpreise sind ein Indikator für Chancengerechtigkeit in der Wissenschaft. Die meisten Ausgezeichneten waren in der Vergangenheit männlich, weiß und stammten aus Nordamerika und Europa. Geschlecht, Hautfarbe, Herkunft, Persönlichkeit und Nationalität beeinflussen, wer Zugang zu internationaler Forschung hat, wahrgenommen und anerkannt wird. Denn Forschungserfolg hängt mit Netzwerkstrukturen und Lobbying zusammen. Bestimmte Identitäten verschaffen Privilegien, während unterrepräsentierte Gruppen in Netzwerkstrukturen leicht übersehen werden.

Auf dem diesjährigen Nobelpreisträgertreffen in Lindau war Chancengerechtigkeit bei der Preisvergabe ein Querschnittsthema. Ein Nobelpreis-

Die diverse Wissenschaft

Weißer Männer sind weiter privilegiert. Aber es ändert sich langsam etwas.



PETRA BAUER

träger bedauerte in einer Podiumsdiskussionsrunde mit ausschließlich fünf älteren Herren, mit dem Thema konfrontiert zu sein, da nur reine Wissenschaft und nicht Gleichstellungsthemen besprochen werden sollten. Eine junge Frau widersprach ihm mutig. Daraufhin unterbrach der Moderator die junge Frau, ließ den Nobelpreisträger jedoch ausreden – eine unbewusste Handlung in einem immer noch präsenten patriarchalen Wissenschaftssystem. Das Thema Diversität hat zweifelslos ohne die Nobelpreisvergabe längst eingeholt. Heute wird überprüft, wer tatsächlich an der ursprünglichen Entdeckung beteiligt war. Katalin Karikó und Drew Weissman erhalten den Medizin-Nobelpreis 2023 für ihre wichtigen Arbeiten zur Auswirkung

von RNA-Modifikationen, welche die Entwicklung der mRNA-Impfstoffe gegen das Coronavirus Sars-Cov-2 ermöglichten. Katalin Karikó hatte einen steinigen Lebenslauf und beeindruckt mit ihrem Durchhaltevermögen, ihre Forschungsideen umzusetzen. Durch ihre Tätigkeit bei Biontech rückte sie ins Rampenlicht, denn dort entwickelte sie zuletzt mRNA-Impfstoffe. Nicht nur die Covid-19-Pandemie, sondern auch der heutige Zeitgeist mit Diskussionen um Chancengerechtigkeit halfen, ihren Beitrag deutlich zu machen.

Unsere Autorin ist Professorin für Botanik an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf. Sie wechselt sich hier mit der Philosophin Maria-Sibylla Lotter und der Pharmazeutin Nicole Teusch ab.